

**Beste Lage für
Ihre Werbung**

Beratung und Verkauf:
Fredri Kretz, print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ZUR SVP-FAMILIENINITIATIVE

Alle Familien steuerlich entlasten

Die Diskussionen über einen Familienartikel in der Bundesverfassung haben gezeigt, dass ein breiter politischer Wille besteht, die Familien zu entlasten. Im Gegensatz zu zusätzlichen staatlichen Eingriffen und Subventionen stellen gezielte steuerliche Entlastungen eine sinnvolle Lösung dar, welche die Eigenverantwortung der Familien stärkt. Hier setzt die Familieninitiative der SVP an.



JUDITH UEBERSAX
VIZEPRÄSIDENTIN
SVP SCHWEIZ
SATTEL SZ

Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession 2009 entschieden, dass die nachgewiesenen Kosten, jedoch höchstens 10 000 Franken pro Jahr, für die Drittbetreuung von Kindern vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Die Kantone werden mit diesem Bundesbeschluss ebenfalls verpflichtet, einen entsprechenden Fremdbetreuungsabzug im kantonalen Recht einzuführen. Damit reagierte das eidgenössische Parlament auf eine unbefriedigende Situation in unserem Steuerrecht.

Keine Bevorzugung eines Familienmodells

Leider wurde dabei ein Mangel durch einen anderen ersetzt: Das Parlament schloss Familien, die ihre Kinder selber betreuen, von dieser Entlastung aus.

Auch diese Familien haben Kosten für die Betreuung, verzichten bewusst auf ein Erwerbseinkommen und entlasten somit auch öffentliche Fremdbetreuungsstrukturen. Das Parlament hat damit – gewollt oder ungewollt – in die Freiheit der Familien, das auf sie zugeschnittene Familienmodell zu wählen, eingegriffen. Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, werden steuerlich bevorteilt gegenüber Familien, die ihre Kinder selber betreuen.

Das ist stossend. Aus diesem Grund lancierte die SVP die Familieninitiative, welche verlangt, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt werden muss wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen.

Die SVP setzt damit auf eine neutrale, liberale und eigenverantwortliche Lösung zur Entlastung der Familien, welche den Handlungsspielraum für alle Familien erhöht. Es wurde also ganz bewusst nicht ein Lösungsansatz gegen ein bestimmtes Familienmodell gewählt; die beschlossenen Entlastungen für Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, sind sinnvoll. Vielmehr geht es um einen Lösungsansatz, der allen Familien gleichermaßen zugutekommen soll. Entsprechende Modelle, die auch eine Entlastung der Eigenbetreuung bringen, werden im Übrigen bereits in verschiedenen Kantonen umgesetzt. Die Initiative schafft diesbezüglich auch eine verfassungsmässige Absicherung solcher Lösungen.

Keine Subventionen nach Giesskannenprinzip

Im Vordergrund steht nicht eine rein steuertechnische Argumentation, über die man sich immer streiten kann. Vielmehr geht es darum, aus der Sicht der betroffenen Familien und Kinder optimale Rahmenbedingungen für eine möglichst gute Betreuung und Erziehung zu schaffen. Dass dabei die traditionelle Familie nicht benachteiligt werden sollte, zeigte die Diskussion rund um den von einer Mehrheit der Stände abgelehnten Familienartikel in der Bundesverfassung.

Ähnliche Debatten werden auch in anderen Ländern geführt. So hat Deutschland erst vor kurzem ein Betreuungsgeld für Familien, die ihre Kinder selber betreuen, beschlossen – dies nicht zuletzt deshalb, um die kostspieligen Infrastrukturen für die Fremdbetreuung zu entlasten. Die SVP will keine zusätzlichen Subventionen, schon gar nicht nach dem Giesskannenprinzip. Steuererleichterungen zur bewussten Förderung der Familien sind im Gegensatz dazu ein

richtiger und effizienter Weg. Es ergibt auch Sinn, dass insbesondere der Mittelstand davon profitiert, sind doch die Anreizsysteme sonst häufig zu dessen Ungunsten gesetzt.

Im Gegensatz zum abgelehnten Familienartikel beziffert der Bundesrat in seiner Botschaft die Kosten der Familieninitiative genau. 390 Millionen Franken wären die Steuerausfälle beim Bund, würde der gleiche Steuerabzug gewährt, der derzeit für die Fremdbetreuung vorgesehen ist. Die Kantone ihrerseits sind frei, in welcher Grössenordnung sie eine entsprechende Entlastung vornehmen wollen. Die Initiative der SVP respektiert damit auch den Föderalismus.

Sie beseitigt die durch den Fremdbetreuungsabzug entstandene steuerliche Diskriminierung jener Familien, die ihre Kinder selber betreuen. Voraussetzung ist natürlich der grundsätzliche politische Wille für eine Entlastung der Familien. Die Konsequenzen einer Annahme der Familieninitiative liegen transparent auf dem Tisch. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verfügen damit über die notwendigen Entscheidungsgrundlagen.

Investition in die Zukunft

Auch die Umsetzung der Initiative sollte keine grösseren Probleme schaffen. So existieren in den Kantonen einfache und unbürokratische Lösungen zur Festlegung des Eigenbetreuungsabzugs und zur Klärung des Verhältnisses zum Fremdbetreuungsabzug. Zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht dadurch nicht.

Die SVP setzt sich für eine Stärkung der Eigenverantwortung ein und bekämpft jede Tendenz, elterliche Pflichten an den Staat zu delegieren. Es kann deshalb nicht sein, dass Eltern vom Umstand, dass sie ihre Kinder fremdbetreuen lassen, steuerlich profitieren können, während Eltern, wel-

che sich der Aufgabe der Kinderbetreuung selber stellen, von diesem Steuervorteil ausgeschlossen bleiben. In diesem Sinne ist das Engagement gegen neue Bundesaufgaben im Bereich der Familienpolitik, wie sie der abgelehnte Verfassungsartikel vorgesehen hätte, ebenso konsequent wie der Einsatz für die Erweiterung des finanziellen Handlungsspielraums für alle Familien über Steuersenkungen.

Dabei sollten wir insbesondere das Wohl der Kinder vor Augen haben. Gut betreute Kinder, denen möglichst viel Zuwendung zuteil wird, sind eine Investition in unsere Gesellschaft und in unsere Zukunft.

Die Interessen der Kinder sind höher zu gewichten als einzelne steuerliche Vorbehalte.

Erstveröffentlichung in der «NZZ».

Nationalrat lehnt Entlastung der Familien ab

Die SVP ist enttäuscht über die Ablehnung der Familieninitiative durch den Nationalrat. Damit wurde eine Chance verpasst, alle Familien steuerlich zu entlasten und die heute bestehende steuerliche Benachteiligung von Familien, die ihre Kinder selber betreuen, zu beseitigen. Die SVP wird weiter mit voller Kraft für ihre Initiative und für die Familien kämpfen.

Arbeitsstagung der SVP Kanton Zürich

HEUTE ANMELDEN

Gemeinden unter Druck

Datum: **Samstag, 20. April 2013**
Türöffnung: 8.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn: 9.00 Uhr
Ende: 12.00 Uhr
Ort: Restaurant Rössli, Kempptalstrasse 52, 8038 Illnau
Programm: Gemeinden unter Druck – eine Auslegeordnung
Gregor Rutz, Nationalrat, Vizepräsident SVP des Kanton Zürich
Fakten des neuen Finanzausgleichs und die konkreten Auswirkungen auf die Zürcher Gemeinden
Matthias Lehmann, Experte für Gemeindefinanzen, swissplan.ch
Permanente Einschränkung der Gemeindeautonomie durch Bund und Kanton
Hans Heinrich Raths, Kantonsrat, Pfäffikon ZH
Die Einheitsgemeinde – ein Zukunftsmodell für Zürcher Gemeinden?
Martin Zuber, Kantonsrat, Gemeindepräsident Waltalingen

Im Anschluss:

Wie kann die SVP die Gemeinden stärken? – eine Diskussion**TEL. 044 217 77 66**

Wie wir Ihre Buchhaltung bestellen!

KUNDENBUCHFÜHRUNG

- Führen der Finanzbuchhaltung, inkl. MWST-Abrechnung
- Abschlussberatung der Buchhaltung
- Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung
- Betriebswirtschaftliche Buchhaltung

Wir bestellen die Buchführung und bringen Ihre Zahlen auf die Reihe.



AGRO-Treuhand Region Zürich AG, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, 052 355 01 10, www.atzuerich.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbühlach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.

2013 mit RÜCKVERGÜTUNG
avec RISTOURNE
con RISTORNO

Mit der Ackerbau-Pauschalversicherung sind Ihre Kulturen und Ihr Kulturland immer gut versichert – gegen Hagel und andere Naturgefahren.

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch

Schweizer Hagel Suisse Grêle Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

IMBACH

IMBACH
FREIHEIT AUSZEIT NATUR
2013

Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell

Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

Wahrheiten zur Asylkriminalität



VON CHRISTOPH MÖRGELI

«Was ist Wahrheit?» So fragte schon Pontius Pilatus. In Wahrheit, so liest man es im «Tages-Anzeiger» und in der «NZZ», hätte ich «falsche Zahlen» zu den kriminellen Asylsuchenden publiziert. Der Vorwurf stammt von zwei Kriminologen der Universität Zürich, welche die Strafurteilsstatistik der Jahre 1984 bis 2011 untersucht haben. Zu meinem Bedauern konnte ich von ihnen trotz Anfrage keine Daten erhalten. Diese würden nämlich erst im August publiziert. Das ist bedauerlich, denn bei der Abstimmung über die Änderung des Asylgesetzes vom 9. Juni wären verlässliche Zahlen nützlich.

So musste ich auf das Online-Portal von «Tages-Anzeiger», «Berner Zeitung» und «Basler Zeitung» zurückgreifen. Ein lesenswerter Artikel vom 9. März 2013 berichtete über die Kriminologen-Jahrestagung und titelte: «Von der Schwierigkeit, die Ausländerkriminalität zu messen». Die dort zitierten Zürcher Forscher gehen mit der Beschränkung auf verurteilte Straftäter allzu vorsichtig ans Werk. Doch auch so zeigt sich, dass die Verurteilungen von Ausländern seit 1984 um 370 Prozent höher liegen.

Weil nur Verurteilte zählen, bleiben die Schlagzeilen der letzten Monate unberücksichtigt: Innert einer Woche klickten im Aargau bei achtzehn Asylbewerbern wegen Einbrüchen die Handschellen (Aargauer Zeitung). – «Einbrüche am Hasliberg – Asylbewerber im Verdacht» (Der Bund). – «Asylbewerber nach Einbruch festgenommen» (St. Galler Tagblatt). – «Nach 36 Einbrüchen: Asylbewerber verhaftet» (Blick) – «Einbrüche: Schweiz ist Europameister» (Schweiz am Sonntag). Die Aufklärungsrate bei Einbrüchen liegt bei 11,9 Prozent. Unsere Statistiken sind also von der Wahrheit weit entfernt.

Noch nicht verurteilt und damit statistisch unerfasst bleibt der 27-jährige Asylbewerber, der einen 63-jährigen Schweizer in Brittnau getötet hat. Nicht berücksichtigt sind die Sans-Papiers. Oder die Schweizer in erster Generation – weil wir die Ausländerkriminalität am liebsten einbürgern. Die Zahl der kriminellen Asylbewerber ist allein im letzten Jahr um fast vierzig Prozent gestiegen. Zur Wahrheit gehörten die Kosten des gesamten Asylwahnsinns. Und die üblen Folgen des Schengen-Unsicherheitsvertrags. Doch von unseren Medien werden wir diese Wahrheiten kaum erfahren. Weil sie lieber SVP-Exponenten verdrechseln, als die wahren Missstände anzuprangern.

BERICHT SONDERSESSION 2013 DES NATIONALRATES

Es braucht einen Volksentscheid zur Familienpolitik

35 Minuten und 11 Sekunden dauerte es, bis in Zürich am Sechseläuten der «Böög» den Kopf verlor. In Bern dauerte es bedeutend länger, bis nach über fünfzig Wortmeldungen die Meinungen über die SVP-«Familieninitiative» gemacht waren. Seit 2011 können Berufstätige, die ihre Kinder durch Dritte betreuen lassen, bis maximal 10 100 Franken pro Kind vom steuerbaren Einkommen abziehen. Alle andern Eltern gehen leer aus. Mit der SVP-«Familieninitiative», die der Nationalrat zur Verwerfung empfiehlt, erhält das Volk Gelegenheit, diesen familienpolitischen Fehlentscheid zu korrigieren.



HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Traditionelle Familien sind doppelt bestraft: Zum einen verzichten sie wegen der Kinder auf ein Zweiteinkommen, zum andern unterstützen sie mit ihren Steuerzahlungen Krippenplätze und Betreuungsangebote für Doppelverdiener. Darum will die SVP-«Familieninitiative» Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, bei den Bundes- und Kantonssteuern einen mindestens gleich hohen Abzug gewähren wie Eltern, die ihre Kinder in fremde Obhut geben.

Unser Thurgauer Fraktionskollege Hansjörg Walter meinte, es bestreite niemand, dass für berufstätige Mütter Kinderbetreuungsplätze nötig seien. Steuerliche Anreize für die eigene oder die fremde Erziehung sollten aber keine Rolle spielen. Die Aargauer Kol-

legin Sylvia Flückiger erklärte, alle Eltern seien frei, ihre Familienform zu wählen. Aber die Eltern trügen auch die Verantwortung für die finanziellen Konsequenzen.

Eltern sind verantwortlich

Die Thurgauer SVP-Kollegin Verena Herzog erklärte, es sei nicht nachvollziehbar, dass Eltern, die auf ein Zweiteinkommen verzichten und in die Familienarbeit investieren, mit ihren Steuergeldern die Krippenplätze derjenigen subventionieren müssten, die sich trotz ihres Entscheids für Kinder beruflich verwirklichen oder gleichzeitig Karriere machen wollten.

Mit der Mehrheitsempfehlung des Nationalrats, die SVP-«Familieninitiative» für mehr Steuergerechtigkeit und weniger Staatseingriffe in die Familienpolitik sei von Volk und Ständen zu verwerfen, wurde leider die Chance verpasst, alle Familien zu entlasten.

Die SVP wird bis zum Urnengang weiterhin mit aller Kraft für die berechtigten Familieninteressen kämpfen.

Missbehagen wurde deutlich

Eine Stunde Redezeit für 34 parlamentarische Vorstösse – unter diesen Bedingungen fand die ausserordentliche Session zum Thema «Schengen/Dublin-Realität: Freie Fahrt für Kriminelle und Asylmissbrauch» statt. Unser Berner Fraktionschef Adrian Amstutz stellte morgens um acht Uhr fest: «Die Mehrheit dieses Rates schläft noch.»

Was hat die Debatte gebracht? Die Forderung der SVP nach einem Austritt der Schweiz aus dem Schengen-Konzept blieb chancenlos. Der Nationalrat hat jedoch anderen Vorstössen zugestimmt, so einer Motion von Christophe Darbellay (CVP/VS) für präventive DNA-Tests bei Asylsuchenden, um Asylbewerber im Falle von Vergehen zu identifizieren.

Breite Zustimmung erhielten auch Vorstösse für eine Aufstockung des Grenzschutzkorps. Weiter verlangte der Nationalrat, dass der Bundesrat mit den Nachbarn über Massnahmen gegen die Kriminalität verhandelt und einen Bericht zu Verbesserungen des Schengen/Dublin-Systems vorlegt. Die Verunsicherung der Bevölkerung gebe

Anlass zu Sorge mit Blick auf nächste Abstimmungen.

Knapp abgelehnt wurde ein SVP-Vorstoss, vorläufig Aufgenommenen das Recht auf Familiennachzug zu entziehen. Angenommen wurden dagegen SVP-Vorstösse für Rückübernahmeabkommen, damit Asylsuchende in ihre Herkunftsländer gebracht werden.

Der Rat nahm auch FDP-Vorstösse an, straffällige und randalierende Asylsuchende in Bundeszentren unterzubringen.

Abtreibungen auf Kosten aller?

Der Nationalrat hat abschliessend die Debatte zur Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» geführt. Mit ihr wird verlangt, dass die obligatorische Krankenversicherung nicht für Abtreibungen bezahlt bzw. bezahlen muss. Es gehe nicht um die Kosten, sagte unser Zürcher Kollege Toni Bortoluzzi, und auch der Volksentscheid für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sei akzeptiert.

Doch man solle auch denen Verständnis entgegenbringen, die aus ethischen Gründen Abtreibungen nicht mitbezahlen wollten. Unsere Fraktion unterstützte diese Argumentation. Die klare Ratsmehrheit und der Bundesrat aber empfehlen die Initiative zur Verwerfung.

NEUES POSITIONSPAPIER VORGESTELLT

Volksschule bereitet immer weniger auf Berufsleben vor

Die SVP hat anlässlich einer Medienkonferenz ihr neues Positionspapier «Berufswelt und Volksschule» den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt. Das duale Berufsbildungssystem mit soliden, anspruchsvollen und praxisorientierten Berufslehren als zentrales Element ist das bewährte Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die Berufstauglichkeit muss im Mittelpunkt der Ausbildung stehen und nicht akademische Abschlüsse. Das Erfolgsmodell der Schweiz ist allerdings durch Fehlentwicklungen in der Volksschule gefährdet. Diese gilt es zu stoppen.

SVP. Von Beginn an wurde bei der Erarbeitung des vorliegenden Positionspapiers die Wirtschaft, d. h. die Unternehmen als zentrale Akteure, im Rahmen des Schweizer Berufsbildungssystems eng eingebunden. Es wurden insbesondere ausführliche und vertiefte Gespräche mit Lehrmeistern und Lehrlingsverantwortlichen von namhaften Schweizer Unternehmen geführt. Die Praktiker bestätigen, dass die Fähigkeiten (inklusive handwerkliches Können), das Wissen, die Leistungsbereitschaft und das Durchhaltevermögen der Volksschulabgänger deutlich abnehmen und damit deren Chancen für eine erfolgreiche Berufsausbildung sinken. Auf Grundlage der erwähnten Interviews entstand eine erste Fassung des Papiers «Berufswelt und Volksschule», welche den Kantonalparteien und diversen Gewerbebetrieben in die Vernehmlassung gegeben wurde. Da in der französischsprachigen Schweiz teilweise andere Rahmenbedingungen herrschen bzw. eine andere Entwicklung im Bereich des Schul- und Berufsbildungssystems stattgefunden hat, wurde die französische Fassung des Papiers entsprechend adaptiert und auf die Verhältnisse in der Suisse Romande angepasst.

Forderungen für eine erfolgreiche Ausbildung

Die Problemanalyse hat ergeben, dass bereits in der Grundkonzeption wie auch in der Umsetzung der Lehrerausbildung aber auch im Unterricht an der Volksschule Fehlentwicklungen im Gange sind. Diese sind zu stoppen und zu korrigieren, damit die Volksschule wieder ein starkes Fundament für unsere Jugend und deren berufliche Zukunft schaffen kann. Hier einige der wichtigsten Forderungen:

- Wirtschaft und Politik haben gemeinsame Bildungsziele zu formulieren. Die Ziele sollen dem kulturellen und wirtschaftlichen Anforderungsprofil der Schweiz Rech-

nung tragen. Die eigenständige schweizerische Volksschule ist von bürokratischen Vorgaben aus dem Ausland abzukoppeln.

- Massgebend für die Beurteilung des Berufsbildungssystems hat allein die Beschäftigungsquote der Jugendlichen zu sein und nicht die Zahl akademischer Abschlüsse.
- Jeder Oberstufenlehrer soll die Berufswelt ausserhalb des Bildungswesens aus persönlicher Erfahrung kennen.
- Die Volksschule hat Allgemeinbildung zu vermitteln. Grundfertigkeiten sowie Fähigkeiten aller Schülerinnen und Schüler sind durch regelmässiges Üben von lebenslang nutzbarem Wissen zu festigen.
- In den allgemeinbildenden Fächern der Volksschule ist allen Schülern zu vermitteln, dass Freiheit und Demokratie sowie Arbeitsmoral, Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft grundlegende Wesensmerkmale der christlich-abendländischen Kultur sind.
- Die Verantwortung und die Führung im Unterricht hat wieder ein Klassenlehrer zu übernehmen.
- Leistungsbewertung mittels Noten sowie die Förderung einer Wettkampfkultur sind unverzichtbar.
- Die Vernachlässigung von Mathematik, Muttersprache und verschiedener Realienfächer zugunsten des zu frühen Fremdsprachenunterrichts ist zu korrigieren.

Sonderparteitag geplant

Am 15. Juni wird die SVP einen Sonderparteitag zum Thema Berufswelt und Volksschule durchführen, der selbstverständlich auch weiteren bildungspolitisch interessierten Kreisen offensteht. Dort werden dieses Papier sowie ein Bildungsmanifest der SVP zur Diskussion gestellt.

Das Positionspapier «Berufswelt und Volksschule» ist auf www.svp.ch zu finden.

Ja zur Volkswahl des Bundesrats

Wir Schweizer sind uns gewöhnt, Gemeinderäte, Regierungsräte oder Nationalräte zu wählen. Alle vier Jahre haben wir die Möglichkeit, für Personen zu stimmen, welche uns besonders überzeugen. Umgekehrt können wir aber auch Kandidaten streichen, welche uns enttäuscht haben. Diese demokratischen Rechte haben sich bewährt. Umso unverständlicher, dass dies ausgerechnet bei der Wahl des Bundesrates nicht gelten soll.



NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN
SVP
WINTERTHUR

Ich bin stolz auf unsere direkte Demokratie. Dieses System hat uns viel Stabilität und Wohlstand gebracht. Darum ist es auch richtig, die Volksrechte weiter zu stärken. Eine Chance dazu haben wir mit der Volkswahl des Bundesrates. Mit dieser Initiative haben künftig alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Landesregierung direkt mit ihrer Stimme zu wählen.

Immer wieder hört man von Politikern, die die Volkswahl des Bundesrates sei schlecht, weil so das Parlament geschwächt werde. Selbstverständlich führt die Initiative zu einer gewissen Stärkung der Regierung – aber das ist auch richtig so. Dass dies gewissen Parlamentariern nicht passt, liegt ebenso auf der Hand. Doch es ist gut, wenn der Bundesrat künftig dem Volk verpflichtet ist und nicht primär dem Parlament. In Ausländer- und Sicherheitsfragen politisiert der Bundesrat heute am Volk vorbei. Wenn er vom Volk gewählt wird, kann er sich das nicht mehr leisten.

Was sich in den Kantonen seit Jahrzehnten bewährt hat, kann auf Bundesebene nicht falsch sein. Ich hoffe, dass die Volkswahl auch profilierten und bestandenen Persönlichkeiten die Wahl in die Landesregierung ermöglicht.

Es ist schade, dass heute oft nur angepasste Kandidaten mit wenig

Profil vom Parlament gewählt werden. Dabei wären volksnahe Parlamentarier oder bewährte Unternehmer wertvoll für die Arbeit unserer Exekutive.

Mit der Volkswahl haben wir endlich transparente und faire Regeln für die Bundesratswahlen. Dies ist heute nicht der Fall.

Ich verstehe, dass viele Leute kein Verständnis haben für die taktischen Spiele gewisser Parlamentarier. Regierungswahlen dürfen nicht durch politische Abrechnungen belastet werden – das ist einer Demokratie nicht würdig.

Natürlich ist es auch wichtig, dass die sprachlichen Minderheiten angemessen im Bundesrat vertreten sind. Heute ist dies nicht garantiert – wir haben einfach eine stillschweigende Abmachung für zwei Sitze der romanischen Schweiz. Die Volkswahl-Initiative garantiert den Minderheitenschutz: Dem französisch- und italienischsprachigen Gebiet der Schweiz werden künftig mindestens zwei Sitze in der Landesregierung garantiert. So bleibt das Gleichgewicht gewahrt und die Minderheiten geschützt.

Die Angst, Bundesratswahlen würden zu einer Frage des Geldes, ist unbegründet.

Schauen wir nur einmal die Verwahrungs- oder die Unverjährbarkeitsinitiative an: Beide Initiativkomitees hatten sehr wenig Geld zur Verfügung – und beide Initiativen wurden angenommen. Die Schweizer Bevölkerung hat ein feines politisches Sensorium. Darum stimme ich überzeugt Ja zur Volkswahl des Bundesrates.

RATSBERICHT

Rechnungen und Geschäftsberichte von ZKB und EKZ genehmigt

Der Kantonsrat debattierte über die Jahresrechnungen und die Geschäftsberichte der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) und der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Beides wurde deutlich genehmigt, jedoch waren auch etliche kritische Stimmen zu hören.



YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Der 104. Geschäftsbericht und die darin enthaltene konsolidierte Jahresrechnung der EKZ-Gruppe sowie die Jahresrechnung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich über den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012 wies eine Unternehmensergebnis von 64 914 000 Franken auf. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) hob das gute und ruhig verlaufende Geschäftsjahr hervor. Es seien keine grösseren Probleme zu vermelden, ausser der Schliessung der 27 Eltop-Läden. Dabei hätten 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitsstelle verloren. Die Eltop-Läden hätten dem Verwaltungsrat schon länger Sorgen bereitet. Immer wieder sei versucht worden, mit neuen Ideen Schwung in die Eltop-Läden zu bringen und den negativen Trend zu brechen. Durch grosse Investitionen seien die Läden in den letzten Jahren modernisiert worden. Dennoch konnten Umsatz und Margen nur leicht und nicht im erforderlichen Mass gesteigert werden. Das Kundenverhalten habe sich in den letzten zwei Jahren mit Internetverkauf, Grossverteilern und Fachmärkten nochmals stark verändert. Der Verwaltungsrat habe darum die Strategie der Eltop-Läden grund-

sätzlich überprüft und festgestellt, dass mit den bestehenden Läden und Standorten kein Geld mehr verdient werden könne. Nach Abwägung aller Fakten habe der Verwaltungsrat einstimmig der Schliessung der Fachgeschäfte zustimmen müssen. Neben einem grosszügigen Sozialplan seien die Stellensuchenden von den EKZ bei der Stellensuche nach Kräften unterstützt worden. Der Beschluss, die Fachgeschäfte zu schliessen, sei letztendlich richtig. Im Nachhinein könne festgestellt werden, dass sich die Investitionen in die Läden nicht gelohnt hätten. Der Kantonsrat genehmigte in der Folge die Rechnung und den Jahresbericht mit 156 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

ZKB

Die Jahresrechnung 2012 und der 143. Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank schliesst mit einem Konzerngewinn in der Höhe von 744 Mio. Franken. Wobei 220 Mio. Franken in die Staatskasse des Kantons Zürich fliessen und 110 Mio. Franken an die Gemeinden des Kantons Zürich. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen hat Rechnung und Geschäftsbericht für das Jahr 2012 und die Erfüllung des Leistungsauftrags an mehreren Sitzungen gemeinsam mit den Verantwortlichen der ZKB beraten. Schwerpunktthemen der AWU waren die neuen Anforder-

ungen an das Eigenkapital durch Basel III, die steuerrechtlichen Entwicklungen im Ausland und Anpassungen der Corporate Governance der ZKB, welche zum Teil in den Antrag der ZKB zur Revision des Kantonalbankgesetzes mündeten. Während des Geschäftsjahres 2012 hat sich die Kommission zudem mit der Vergütungsregelung, der Risikobeurteilung des Auslandengagements, der Kapitalplanung und der Umstellung der Pensionskasse auf das Beitragsprimat und deren Konsequenzen vertieft befasst. In einem wirtschaftlich und regulatorisch anspruchsvollen Geschäftsumfeld hat die ZKB ein gutes Gesamtergebnis erzielt. **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) gab zu bedenken, dass ganzseitige Inserate in den teuersten Werbemedien des Kantons, ein Geschäftsbericht vom Allerfeinsten und Bel-Etage-Pensionen für das Topp-Kader Beispiele sind, dass sich die ZKB fast nur dreifach-A-gerechte Lösungen leistet. Einzig bei den Löhnen von Bankratspräsidium und Bankrat schein es noch etwas zu hapern, doch diese würden wohl auch bald korrigiert werden. Der Entscheid, sich von den Liegenschaften in der Innenstadt und an der Bahnhofstrasse zu trennen, sei unverständlich.

Die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht wurden mit 156 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen genehmigt.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Die Zürcher Kantonalbank – die Parlamentsbank mit innerem Wert



RUEDI MENZI
KANTONSRAT SVP
RÜTI

Mit der Abnahme der Rechnung und des Geschäftsberichts ist das Geschäftsjahr 2012 der Kantonalbank zu den Akten gelegt worden. Die ZKB hat mit einem guten Resultat und einem Gewinn von 744 Millionen abgeschlossen. Wie schon in den vergangenen Jahren erhält der Kanton 220 Millionen und die Gemeinden 110 Millionen Franken. Der Leistungsauftrag ist im Zweckartikel des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank verankert und bildet das Fundament für ihre Geschäftstätigkeit. Die Bank erhält damit den öffentlichen Auftrag, mit einer auf Kontinuität ausgerichteten Geschäftspolitik eine verlässliche Partnerin der Zürcher Bevölkerung und ihrer Kunden zu sein. Der Gesetzgeber und damit die kantonale Bevölkerung verzichtet zugunsten des Leistungsauftrages auf eine Renditemaximierung. Die Bank wird daher nicht nur an der Rentabilität gemessen, sondern auch daran, wie sie die Entwicklung der Regionen im Sinne des gesetzlichen Auftrages fördert. Die Zürcher Kantonalbank bildet damit ein bedeutendes Gegengewicht zu den ausschliesslich gewinnorientierten Gross- und Privatbanken.

Dass die ZKB bei den Anlegern ein grosses Vertrauen genießt, zeigt sich auch daran, dass ihr im vergangenen Jahr 8,3 Milliarden Franken neue Kundengelder zuflossen und dass sie in der Sparte Vermögensverwaltung 191 Milliarden Kundengelder verwaltet. Aber auch im Tagesgeschäft zeigt die ZKB ihre Stärke, ist sie doch mit einer Marktdurchdringung von 50 Prozent im Privat- wie auch im Firmenkundengeschäft im Wirtschaftsraum klar die Nummer eins. Etwas weniger erfolgreich war die ZKB bei der eigenen Pensionskasse, musste diese doch mit der stattlichen Summe von 150 Millionen Franken gestützt werden. Der Grund liegt bei dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat und der Senkung des Zinssatzes von 3,5 auf 3 Prozent. Warum versagt

eine erfolgreiche Bank gerade bei der eigenen Geldanlage? Zum einen wurde der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat viel zu lange hinausgezögert und zum anderen ist es ein strukturelles Problem. Heute sind der Pensionskasse rund 5000 aktive Versicherte, sprich Beitragszahler, und 1868 Pensionierte angeschlossen. Das Reglement sieht ein Pensionierungsalter mit 62 vor, dies zum vollen Leistungssatz und einer Garantie, dass die Rente im Normalfall 70 Prozent des ehemaligen Lohnes beitragen soll.

Die Zahl der Rentner wird in den nächsten Jahren markant steigen, die der aktiven Beitragszahler wird aber eher abnehmen, da viele Bankabläufe in Zukunft automatisiert werden. Um eine Anpassung des Pensionierungsalters wird die ZKB nicht herkommen, aber auch eine Anpassung der Rente wird eine Position sein, die gut studiert werden will. Werden diese erwähnten strukturellen Problemfelder nicht angepasst, werden auch in Zukunft immer wieder Zahlungen an die Pensionskasse fällig, diese aber in immer kürzeren Abständen.

Eine Spezialkommission ist zurzeit an der Arbeit, das ZKB-Gesetz zu überarbeiten. Dabei kommt auch der Leistungsauftrag zur Sprache, mit seinen Bereichen Versorgungs-, Unterstützungs- und Nachhaltigkeitsauftrag. Im Versorgungsauftrag ist festgehalten, dass das Wohneigentum und der preisgünstige Wohnungsbau zu fördern seien. Die Regelung in der jetzigen Form und Ausprägung ist praxistauglich und ausgewogen. Wehren wir uns gegen Forderungen, die vor allem vom links-grünen Lager kommen, die Kantonalbank in diesem Bereich fester einzubinden.

Aber die Forderung, die Kantonalbank müsste sogar mit eigenen Projekten in den sozialen Wohnungsbau einsteigen, sind strikte abzulehnen, gibt es doch für diesen Zweck Wohnbaugenossenschaften. Wir wollen eine Zürcher Kantonalbank, die im jetzigen gesetzlichen Rahmen gute und seriöse Geschäfte tätigt und wie in den vergangenen Jahren dem Kanton und den Gemeinden ihren Obolus abliefert.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG ...

- ... dem Zivilschutzgesetz zugestimmt. 😊
- ... die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2011/2012 genehmigt. 😊
- ... die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2012 genehmigt. 😊
- ... ein dringliches Postulat betreffend NEAT ab Zürich ohne Spitzkehre überwiesen. 😞

15. April 2013

NEUES GEMEINDEGESETZ

Gängelung der Gemeindeexekutiven – Demokratieabbau bei den Schulpflegern

Der Regierungsrat hat den Entwurf zur Totalrevision des Gemeindegesetzes zu Händen des Kantonsrates verabschiedet. Die SVP begrüsst grundsätzlich die Anpassung des Gemeindegesetzes an die Anforderungen einer zeitgemässen Gemeindeorganisation. Der nun vorgelegte Antrag beinhaltet aber einige Pferdefüsse. Insgesamt werden die Gemeinden gängelt und in ihrer Organisationsautonomie gestört. Die Abgabe von Kompetenzen an Dritte bedeutet zudem eine Schwächung der Exekutivfunktionen im Gemeinwesen.

SVP. Der von Justizdirektor Martin Graf vorgestellte Antrag an den Kantonsrat enthält für die SVP zahlreiche problematische Punkte, die vor allem das Leben der kleineren Gemeinden beeinträchtigt. So sieht das neue Gemeindegesetz einen Aufgaben- und Finanzplan für alle Gemeinden als verpflichtend vor. Die SVP hat bereits in der Vernehmlassung betont, dass Planungsinstrumente generell in der Praxis zu wenig Nutzen stiften. Es ist daher schlicht unverhältnismässig, kleine Gemeinden mit einem zusätzlichen administrativen Aufwand für die Erarbeitung eines Finanz- und Aufgabenplans zu belasten. Weiter bemängelt die SVP auch die Entmachtung der Rechnungsprüfungskommissionen durch den Kanton. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, dass auch die finanztechnische Buchung von

Jahresrechnungen in kleineren und mittleren Gemeinden durch die vom Volk gewählten Mitglieder der RPK erfolgen kann.

Auch im Bereich der Schulpflegen findet im neuen Gemeindegesetz ein Demokratieabbau statt. So soll es den Parlamentsgemeinden freigestellt werden, ganz auf die Schulpflegen zu verzichten und die Aufgaben der Schulgemeinden ganz der Exekutive zu überlassen.

Das ist eine weitere Entwertung der Schulpflegen, die einhergeht mit einer allgemeinen Entdemokratisierung der Schulpolitik im Kanton Zürich. Die SVP setzt sich auch gegen die vorgesehene zwingende Ausweitung der Urnenabstimmungen zur Wehr.

Es soll den Gemeinden freigestellt sein, was sie an die Gemeindever-

sammlung und welche Themen sie an eine Urnenabstimmung knüpfen wollen. Hier gilt es, die Organisationsautonomie der einzelnen Gemeinden zu achten.

Insgesamt werden vor allem die kleineren Gemeinden Mühe haben, diese Vorgaben umzusetzen. Der ganze Prozess mit Anpassungen der Gemeindeordnungen wird den Gemeinden einiges abfordern. Statt die kleinen demokratischen Einheiten zu stärken, werden diese mit immer neuen Vorschriften weiter gängelt. Insbesondere die finanzpolitischen Auswirkungen dieser Gemeindegesetzes bedürfen noch einer eingehenderen Prüfung.

Die SVP fordert schon jetzt, dass der Regierungsrat von sich aus dieses wichtige Gesetz dem Volk freiwillig vorlegen soll.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Mehr Gemeindeautonomie in sonderpädagogischen Fragen

Da die Bevorzugung der integrativen Förderung für viele Gemeinden eine Verschlechterung anstatt eine Verbesserung mit sich gebracht hat, ist eine Anpassung der gesetzlichen Vorgaben angezeigt. Mit der von Kantonsrätin Anita Borer (SVP, Uster) eingereichten Parlamentarischen Initiative würden den Gemeinden, die einen grossen Teil der Bildungsausgaben tragen, wieder mehr Kompetenzen übertragen.

Änderung Gesetzestext

§ 35. Die Gemeinden bieten integrative Förderung, Therapien und Aufnahmeunterricht an. Sie können besondere Klassen führen, «welche die integrative Förderung teilweise oder ganz ersetzen. Die Gemeinden entscheiden über die Verteilung der ihnen für sonderpädagogische Massnahmen zugeordneten Ressourcen zu Gunsten verschiedener sonderpädagogischer Angebote.» Die Gemeinden gewährleisten die Sonderschulung.

Begründung

Mit der integrativen Förderung, wie sie im aktuell gültigen Volksschulgesetz festgehalten ist, wurde beabsichtigt, die Zahl der separiert geschulten Schülerinnen und Schüler zu reduzieren und somit die Kosten im sonderpädagogischen Bereich zu senken. Wie sich in den Gemeinden zeigt, wurde das Ziel mehrheitlich verfehlt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Kleinklassen ist zwar gesunken, jedoch stieg die Zahl der sonderpädagogischen Massnahmen insgesamt und demzufolge stiegen auch die Kosten in diesem Bereich.

Auf der Primarstufe ist in der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen (VSM) § 8, Abs. 1

vorgeschrieben, dass ein Mindestanteil der den Gemeinden zugeteilten Vollzeiteinheiten für Förderlehrpersonen eingesetzt werden muss. Die Gemeinden haben demnach in Bezug auf die Verteilung der Ressourcen im Schulbereich nur begrenzte Möglichkeiten. Die Vorschrift führt dazu, dass die für sonderpädagogische Massnahmen verbleibenden Vollzeiteinheiten für Förderlehrpersonen (integrative Förderung) eingesetzt werden müssen. Für die Schulen bleibt so kaum Spielraum, um anstatt auf integrative Förderung auf andere Formen der Sonderpädagogik, wie z. B. Kleinklassen, Förderzentren oder DaZ- (Deutsch als Zweitsprache) Gruppen, einen Schwerpunkt zu legen.

Starre Regelungen im Bereich der integrativen Förderung und Bevorzugung eines Modells schränken die Gemeinden unnötig ein. Mit der vorgeschlagenen Flexibilisierung der gesetzlichen Vorgaben wäre es möglich, Massnahmen zu treffen, die am besten der örtlichen Schulsituation entsprechen. Es ist davon auszugehen, dass so auch Massnahmen getroffen werden können, mit welchen ein Anstieg von sonderpädagogischen Massnahmen und Kosten vermieden und bestenfalls sogar eine Minderung erreicht werden kann.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP DES BEZIRKS MEILEN

Mit Kraft für die Anliegen der SVP eintreten

Die Anwesenden der 56. Delegiertenversammlung unterstützten in allen Punkten der Traktandenliste die Meinung des Vorstandes. Im Anschluss berichteten die Nationalräte Christoph Mörgeli und Gregor Rutz aktuelles aus Bundesbern.

SVP Bezirk Meilen. Die Präsidentin, Kantonsrätin Theres Weber-Gachnang, Uetikon am See, führte souverän in einer Stunde durch die Versammlung.

Weder bei Rechnung oder Budget noch bei den Bestätigungswahlen von Aktuar, Beisitzer und Revisor wurden Einwände vorgebracht. In ihrem Jahresbericht wies die Präsidentin darauf hin, wie wichtig der Einbezug, aber auch das Engagement des Gewerbes, der Bauern und der Familien sei. Sie seien die Hauptbetroffenen, wenn es um Verkehrsberuhigung, Landenteignungen und Mehrbelastungen durch Abgaben und Gebühren ginge. «Unter dem Deckmantel von Umweltschutz ist heute fast alles möglich, eine entsprechende Lobby ist in allen Verwaltungen installiert. Die Schikanen beim Strassenbau, die erschwerte Produktion von Nahrungsmitteln oder die zahlreichen Schulversuche lassen grinsen.»

Die Kantonsräte Hans-Peter Amrein, Küsnacht, und Claudio Zanetti, Zollikon, zeigten Für- und Gegenargumente zur Kantonalen Vorlage im Juni «Gesetz über Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen»

auf. Dabei stand die zentrale Frage im Raum, ob die bestehenden Gesetze bei rigoroser Durchsetzung genügen oder ob es weitere Verschärfungen braucht.

Zur zweiten kantonalen Vorlage referierte Kantonsrat Hans-Peter Amrein: «Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton Zürich». Die «Bonzensteuer»-Vorlage fand bei der SVP keine Unterstützung und wurde schon durch den Kantonsrat klar verworfen.

Was läuft schief in Bern?

Der zweite Teil des Abends war öffentlich und fast 100 Interessierte folgten den Ausführungen der Nationalräte Gregor Rutz und Christoph Mörgeli zu ihren Erfahrungen in Bern. Christoph Mörgeli konstatiert ein zusehendes Abdriften der Volksvertreter in Bern in eine Welt, die immer weiter von den realen Anliegen der Bevölkerung entfernt ist.

Ebenso bereitet ihm die wachsende Unzuverlässigkeit von politischen Allianzpartnern anderer Parteien in Sachthemen grosse Sorgen. Das Thema Sicherheit ist wichtiger denn je: So ist eine Verschärfung des Asylgesetzes dringend nötig, nicht nur zum Schutz der Schweizer Bevölkerung, sondern

auch aus Respekt gegenüber wirklich Verfolgten.

Immer mehr europäisches Recht

Gregor Rutz sieht durch die schlechende Übernahme Europäischen Rechts unsere Souveränität zusehends gefährdet und fordert dort wieder mehr eigenständige Entscheide basierend auf Schweizer Recht. Ebenso sieht er die Inhalte und damit die Möglichkeit der Initiative gefährdet, sofern der Europäische Gerichtshof künftig über die Rechtmässigkeit der Schweizer Volksanliegen befindet und diese dadurch verhindern kann. Beide Referenten sind überzeugt: Eine Volkswahl des Bundesrates wäre nicht nur ein richtiger, sondern auch ein wichtiger Entscheid, um die Regierung in Bern wieder etwas mehr in die Pflicht zu nehmen.

Die anschliessende Fragerunde führte zu interessanten Diskussionen und alle waren sich einig. Es lohnt sich, mit Rückgrat und Kraft, offen und ehrlich die Anliegen der SVP zu vertreten, auch wenn der Weg nicht immer einfach ist.

Gegen die Medien, heisst oft auch für die Familien, für das Gewerbe und für den Mittelstand.

STAND AN MESSE WETZIKON

SVP sammelt 1971 Unterschriften

Anlässlich der Frühlingsmesse in Wetzikon war die SVP vier Tage lang mit einem eigenen Stand vertreten.

SVP. SUnter der Leitung von Martin Suter, Bezirkspräsident SVP Hinwil, war immer ein prominentes Team am Stand vertreten. Unter anderem wurden die Nationalräte Hans Fehr, Alfred Heer und Gregor Rutz aktiv in die Unterschriften-Sammelaktion eingebunden. Regierungsrat Ernst Stocker liess es sich ebenfalls nicht nehmen, dem

Stand einen Besuch abzustatten. Die SVP warb für die kantonale Initiative zur Abschaffung der Härtefallkommission. Weiter wurden auch fleissig Unterschriften für die Milchkuh-Initiative gesammelt. Besonders populär war aber das kürzlich lancierte Referendum gegen die 150prozentige Erhöhung der Autobahnvignette.



Der SVP-Stand war stets gut besetzt: Hier mit Bezirksparteipräsident Martin Suter, Regierungsrat Ernst Stocker, Sarina Spoerli, Nationalrat Hans Fehr und Cornél Borbély.

LESERBRIEFE

SVP VOLKETSUIL

Kommunalwahlen in Vorbereitung

Am Donnerstag, 11. April 2013, versammelte sich die SVP Volketswil im reformierten Kirchengemeindehaus zur 1. Generalversammlung unter der Leitung des neuen Präsidenten. Die traditionelle Gemeindepartei lebt wie eh und je, und so folgten knapp 40 Mitglieder der Einladung des Vorstandes.

SVP Volketswil. In seinem Jahresbericht betonte Benjamin Fischer, wie wichtig es ist, Verantwortung für die Gemeinde zu übernehmen, auch in Ämtern, die mit wenig politischem Einfluss verbunden sind. Während die SVP in der nationalen Politik immer noch mit einem Bein in der Opposition steht, ist sie in Volketswil die treibende Kraft. Des Weiteren blickte er auf die zahlreichen gelungenen Anlässe zurück und würdigte die hervorragende Zusammenarbeit im Vorstand; die Decharge wird sowohl für den Vorstand als auch für den Präsidenten einstimmig erteilt. Aus beruflichen Gründen verabschiedete sich Nathalie Gnehm nach zweijährigem Mitwirken als Sekretärin aus dem Vorstand. Das Sekre-

tarat wird nun neu vom bisherigen Vorstandsmitglied und Aktuar Mike Scheu übernommen. Ebenfalls Teil der GV war der Ausblick auf das nächste Parteijahr, in dem die Kommunalwahlen 2014 eine zentrale Rolle spielen werden. Die dafür zuständige Wahlkommission wurde an der GV vorgestellt, sie ist breit abgestützt, besteht aus einer guten Mischung von jungen wie erfahrenen Persönlichkeiten und wird von Simone Akermann präsidiert.

Mit dem Duo Fischer und Akermann setzt die SVP Volketswil ein deutliches Zeichen, dass die Jungen hier nicht nur dazugehören, sondern an vorderster Front Verantwortung übernehmen.



Parteipräsident Benjamin Fischer und Wahlkommissionspräsidentin Simone Akermann schauen zuversichtlich Richtung Wahlen 2014.

Unwort des Jahres

Zum Leserbrief Ausgabe Nr. 15 «Migrationshintergrund»

Herr Meier-Zoller wundert sich, dass in Referaten zur Kriminalität gewichtige Referenten nicht auf Täter mit «Migrationshintergrund» eingingen. Vielleicht ging es ihnen wie mir und sie haben einfach die Liste der Länder, die Auswanderer mit Migrationshintergrund produzieren – im Gegensatz zu Ländern, die Auswanderer ohne Migrationshintergrund haben – nicht bekommen.

Genau aus dem gleichen Grund, warum die Herren Hüsey und Scheck auch keine aussagekräftigen Kriminalstatistiken zu Gesicht bekommen, gibt es auch keine schlüssigen Aussa-

gen zum «Migrationshintergrundprofil». Die Bürgerlichen würden diese Statistiken sowieso nicht verstehen, also sollte man sie nicht überfordern. Man fragt sich, wie es möglich war, einen ganzen amerikanischen Kontinent mit Migranten zu bevölkern, ohne dass jemand auf die Idee kam, den Begriff «Migrationshintergrund» zu erfinden.

Aus welcher Ecke der Begriff wohl kommt und zu welchem Verschleierungszweck er in Umlauf gebracht wurde? Eigentlich eine Ohrfeige und ein «Unwort des Jahres» für jeden erwachsenen Menschen. Früher war «Vorbeugen besser als heilen». Heute wird schon der Wunsch, ein Problem anzugehen, als diskriminatorisch ver-

schrien. Und man fällt sogar darauf herein, weil sonst die SVP Recht haben könnte mit ihren Theorien. «Wenn man Nigerianer am Bahnhof kontrolliert, müsste man auch Parlamentarier im Bundeshaus systematisch kontrollieren, alles andere wäre Diskriminierung». Gehört in einer Arena-Sendung. Bei welcher der zwei «Zielgruppen» die Erfolgsschance grösser wäre, einen illegal anwesenden Delinquenten zu finden, interessiert den Mann mit dem ideologischen Brett vor dem Kopf gar nicht. Die linke Menschenrechts-Schindluderei treibt immer irrationalere Blüten. Und verdient gut dabei.

Meinrad Odermatt, Zug

Des Pudels Kern beim Steuerstreit

Mit dem «automatischen Informationsaustausch» soll primär verhindert werden, dass sich ein Steuerwettbewerb zwischen Staaten ausbilden kann. Die Hochsteuerstaaten berufen sich dabei auf geltendes Recht, die den jeweiligen Steuersatz legalisieren. Wie der 75-Prozent-Steuerfuss in Frankreich waren auch die Enteignungen im 3. Reich durch Parlamentsbeschlüsse hinterlegt. Die fleissigen, tüchtigen und erfolgreichen, heute als «die Reichen» gebrandmarkt, werden gezwungen, in einem Akt der Notwehr der teilweisen oder vollständigen Enteignung zu entgehen, indem sie ihre erarbeiteten Vermögen ins steuergünstigere Ausland schaffen.

Der «automatische Informationsaustausch» ist einer der Grundpfeiler

zu einer umfassenden Durchsetzung der Planwirtschaft der Regierungen auf dem Weg zum Sozialismus und entspringt keinesfalls einer moralischen Grundhaltung, sondern einem undemokratischen staatlichen Dirigismus.

Die Schweiz wird deshalb so heftig bekämpft, da sie mit ihrem Bankkundengeheimnis die Pläne dieser Regierungen zu durchkreuzen droht. Diese nehmen mit ihrer skrupellosen Steuerpolitik ihre Bürger und Unternehmen aus, bedrohen direkt die unternehmerische Prosperität und setzen Freiheit, Wohlfahrt und politische Stabilität aufs Spiel.

In der Schweiz unterliegt eine Steueränderung, als einzigem Staat in Europa, der Abstimmung im Volk

und ist deshalb demokratisch legitimiert.

Freie und soziale Marktwirtschaft, wie sie sich in der sehr erfolgreichen Schweiz bewährt hat, ist mit dem sozialistischen Gedankengut der Planwirtschaft und der Ausschaltung des Steuerwettbewerbes unvereinbar. Parlament, Regierung und das Schweizer Volk muss dieser ständigen Erpressung eine klare Absage bereiten, denn ein Nachgeben in der Frage der Steuerhoheit der Schweiz wird unser Land letztlich in den Ruin führen, wie es bereits einige EU-Staaten vorleben und gescheiterte sozialistische Regimes beweisen.

Stephan Amacker, Neftenbach

Ein weiteres Skandalurteil

Der Entscheid aus Strassburg, einen Drogenhändler nicht ausschaffen zu dürfen, verärgert mich sehr. Darüber hinaus soll die Schweiz noch 9000 Euro Busse bezahlen.

Das kann nun wirklich nicht sein! Für mich ist der Aufenthalt in einem Gastland kein Menschenrecht. Schon gar nicht, wenn es durch kriminelle Machenschaften selber verwirkt wird!

Als offizielle Schweiz würde ich in Berufung gehen und mir bei einer Bestätigung des Urteils den Austritt aus der europäischen Menschenrechtskonvention überlegen. Dieses Skandalurteil muss die SVP sofort thematisieren. Ich erwarte eine massive Gegenwehr!

Marcel Nötzli, Winkel

Inserate

Der Zürcher Bote

print-ad kretz gmbh

Telefon 044 924 20 70

Fax 044 924 20 79

inserate@zuercher-bote.ch

EIN STREIFZUG DURCH DIE NIEDERUNGEN DER POLITISCHEN KORREKTHEIT

Neger, Zigeuner und das Rösslein Hü

Hexen, Wassermänner, Räuber – aber keine «Neger». Der Thienemann-Verlag streicht diskriminierende Begriffe aus den Kinderbuchklassikern des kürzlich verstorbenen Otfried Preussler. Auch in den Neuauflagen Astrid Lindgrens wurde Pipis Vater vom «Negerkönig» zum Südseeherrscher. Ein Streifzug durch Bücher meiner Kindheit und die Niederungen der politischen Korrektheit.



HERMANN LEI
KANTONS RAT SVP
FRAUENFELD

Ich lese meinen Kindern abends gerne ein Kapitel aus «Das Rösslein Hü» vor. Leider ist die Kindergeschichte politisch unkorrekt: Das Rösslein «Hü soll von den Negern gebraten werden», so die Titelüberschrift eines Kapitels. In einer späteren Auflage meines «Rösslein Hü» (Ausgabe 1979) steht schon nicht mehr «Hü soll von den Negern gebraten werden» sondern «Hü soll von den Wilden gebraten werden». Allerdings kommen im Text die Neger immer noch gehäuft vor. Und auch im Globibuch treiben Neger ihr Unwesen. Damit soll nun Schluss sein. Kinderbuchklassiker, welche Tausende Kinder und viele Generationen junger Menschen begleitet haben, wie «Die kleine Hexe» werden künftig ohne Begriffe wie «Negerlein» und «Neger» erscheinen. «Wir werden alle unsere Klassiker durchforsten» kündigen die Verlage an. Die umstrittenen Wörter würden dabei nicht ersetzt, sondern ganz gestrichen, es sei notwendig, Bücher an den sprachlichen und politischen Wandel anzupassen. Auch Erwachsenen wird kein eigenständiges Urteil zugetraut: So wird zum Beispiel auch Agatha Christies Krimi «Zehn kleine Negerlein» umgetauft.

Waffelgestützter Eiweisschaum mit Schokoladenüberzug

Und so gibt es keine Neger mehr und sie wohnen auch nicht mehr in Ober-

volta, sondern in Burkina Faso. Statt Neger verwendet man heute mit ehrfürchtigem Unterton «Schwarzer». Mit dem massenhaften Auftreten krimineller Schwarzer hat indes auch diese Bezeichnung bereits einen negativen Unterton. Also muss eine neue Bezeichnung her, man spricht von Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Und das Rösslein Hü wird wohl in Zukunft von Neonazis gebraten. Ganz politisch korrekt essen meine Kinder auch keine Mohrenköpfe mehr, sondern «Waffelgestützten Eiweisschaum mit Schokoladenüberzug». In der Schule spielt man sodann nicht mehr «Wer hat Angst vor dem schwarzen Mann?». Denn die Rassismuskommission EKR fordert Schulen auf, das Spiel abzuschaffen und stattdessen Rassismus und seine Auswirkungen zu thematisieren.

Wie nenne ich einen Zigeuner richtig?

Die Hauptfigur aus einem anderen Buch klaut gewohnheitsmässig und brät Igel über dem Feuer. Es ist ein Zigeuner. Ich ahne, dass ich nur schon mit dem Wort Zigeuner etwas falsch mache. Und richtig: Der «Zentralrat Deutscher Sinti und Roma» findet es beleidigend, wenn man von Zigeunern spricht, deshalb hat sich in Deutschland im offiziellen Sprachgebrauch «Sinti und Roma» eingebürgert. In der Schweiz ist alles noch viel komplizierter.

Die Rassismuskommission EKR klärt uns auf, wie wir Zigeuner politisch korrekt nennen müssen. Sie heissen nämlich Jenische, lernen wir. Da-

neben gebe es aber auch den Begriff «Roma» oder eben «Sinti». In der Schweiz lebten aber auch einige «Manouches». Wieder eine andere Benennung für Zigeuner sei Gitans (Kalés), welche in Spanien und Südfrankreich zu finden seien. Oder man nennt die Zigeuner Fahrende, Romanés, Gadschao oder schlicht MEM (mobile ethnische Minderheit). Das Vorlesen wird damit für die Kinder etwas anstrengend: «Der Rom/Sint/Manouche/Gitan/Kalé/Fahrende/Romané/Gadschao/MEM brät einen Igel.» muss es neu und korrekt heissen.

Meine Kinder kriegt ihr nicht!

Die politische korrekte Zensur von Begriffen hat System. Schon George Orwell beschrieb in seinem Klassiker «1984» die vom herrschenden Regime vorgeschriebene, künstlich veränderte Sprache.

Das Ziel dieser Sprachpolitik war es, das Denken zu manipulieren. Ganz ähnlich tönt es heute: «Sprache bildet Realität nicht nur ab, sie schafft sie auch», lesen wir im «Leitfaden für gendergerechte Texte» am eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung. Man mag darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, heute diskriminierend empfundene Begriffe zu verwenden.

Wenn aber staatliche Stellen Sprachpolizei spielen, um das Denken unserer Kinder zu manipulieren, dann muss ich sagen: Nein, meine Kinder kriegt ihr nicht! Und als leiser Protest lese ich meinen Kindern das Rösslein Hü weiterhin in der unzensierten Fassung vor.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Interpellation Pensionsalter 65 statt 62 für das SRG-Kader

Die SRG hat 2012 ein Rekorddefizit von 117 Millionen Franken eingefahren. Als Grund gibt die SRG Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse an. Nicht angetastet wird seitens der SRG das Rentenalter 62 für das Kader, was inakzeptabel ist. Diese Frührenten gehen voll zu Lasten der Beitragszahler; die Versicherten müssen keinen eigenen Beitrag leisten.

SRG-Generaldirektor Roger De Weck meinte im «SonntagsBlick» vom 15. April 2013: «Da besteht ein krasser Zielkonflikt. Einerseits geht die allgemeine Tendenz richtigerweise auf ein höheres Pensionsalter zu. Andererseits braucht ein Medienunternehmen immer mehr Digital Natives in Führungspositionen.» Und auf NZZ.ch am 15. Oktober 2012: «...Wie wir das klugerweise lösen, weiss ich noch nicht. Da ist noch viel nachzudenken. Seit ich bei der SRG bin, denke ich eher mehr nach als früher, als ich Schreiber war.»

Mit Nachdenken alleine wird dieser Zielkonflikt nicht gelöst. Unter dem Deckmantel der «Unabhängigkeit» kann die SRG schalten und walten wie sie will. Dem Parlament sind hier leider die Hände gebunden. Vor diesem Hintergrund bittet Nationalrätin **Natalie Rickli** (SVP, Winterthur) mittels einer Interpellation den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Bundesrat bereit, bei der SRG darauf hinzuwirken, dass auch für das Kader Rentenalter 65 gilt?
2. Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass die SRG zuerst das Pensionsalter für das Kader auf 65 anheben muss, bevor mit Gebührgeldern die Pensionskasse saniert werden darf?

3. Wie viele Kaderleute hat die SRG seit der Einführung dieses Sonderprivilegs 2001 (aufgeteilt pro Jahr) pensioniert?

4. Wie viel Franken haben diese Pensionierungen und AHV-Übergangsrenten den Beitragszahler gekostet (aufgeteilt pro Jahr)?

5. Wie beurteilt der Bundesrat die vorgeschlagenen einseitigen Massnahmen der SRG zur Sanierung der Pensionskasse? Genügen diese oder sind aus seiner Sicht weitere Zahlungen nötig? Wo steht der ökonomische Deckungsgrad der Kasse?

6. Weshalb wurden mögliche Risiken im Zusammenhang mit der SRG-Pensionskasse nicht bereits früher näher verfolgt, nachdem schon 2005 im Parlament entsprechende kritische Fragen gestellt wurden (Interpellation 05.3062)?

7. Basieren die von der SRG kommunizierten Rückstellungen für die Pensionskasse auf dem 2009 erlassenen Sanierungsreglement?

8. Liefern SRG-Mitarbeiter mit Nebenwerbseinkünften auf diesen Zusatzhonoraren PK-Beiträge ab? Wenn nein, warum nicht?

LESERBRIEF

Undemokratischer Beeinflussungsversuch durch die Zürcher Exekutive?

Wozu eine Pressekonferenz des Zürcher Regierungsrates (Exekutive) unmittelbar vor der Behandlung der Vorlage zur Totalrevision des Gemeindegesetzes durch die Kommission für Staat und Gemeinden des Kantonsrates (Legislative)?

Hofft der Regierungsrat, dass die Kommission nachher über die 230 Seiten starke Vorlage besser informiert ist oder will er den «Tarif durchgeben», wie sie die Vorlage zu interpretieren hat? Ein solcher Beeinflussungsversuch würde allerdings das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung grob verletzen. Die Pressemitteilung ist denn auch zutiefst widersprüchlich.

Was ist von dem versprochenen «grösseren Handlungsspielraum für Gemeinden» und den «stärkeren demokratischen Mitwirkungsrechten» zu halten? Wenn man den Presstext genauer liest, stellt man das Gegenteil fest.

Es wird suggeriert, dass es ein neues Gemeindegesetz brauche, weil das alte von 1926 stamme. Kein Wort davon, dass das Gesetz laufend an die neuen Anforderungen angepasst wurde und dass es sich beim neuen um eine Totalrevision handelt.

Schon aus dem Vernehmlassungsentwurf konnte man entnehmen, dass das neue Gemeindegesetz Machtverschiebungen zugunsten der Exekutive, Möglichkeiten zum Abbau direktdemokratischer Institutionen (z. B. Ab-

schaffung der Schulpflege) beinhaltet. Es wird nicht erwähnt, dass die «Gleichordnung der Schulpflege mit dem Gemeindevorstand», eine Abschaffung der eigenständigen Schulgemeinden bedeutet. Auch die aufwändigen Hürden für zwingende Urnenabstimmungen werden kaum zur Stärkung der Mitwirkungsrechte führen.

Ist die im Presstext erwähnte Möglichkeit zur «Übertragung von Verwaltungsaufgaben an Aktiengesellschaften usw.» ein erster Schritt zur Privatisierung?

Wozu die Pflicht zur aufwändigen und teuren Rechnungslegung nach internationalen (!) Vorgaben, die im Gegensatz zu unserem Obligationenrecht steht und den Handlungsspielraum der Gemeinden durch Überregulierung massiv einschränkt? Soll damit die Übertragung von hoheitlichen Aufgaben an ausländische Firmen wie Bertelsmann & Co. ermöglicht werden?

Die Pflicht zur künstlichen Aufblähung des Vermögens durch Aufwertung von meist nicht veräusserbarem Vermögen (Friedhöfe, Schulhäuser, Spielplätze, Strassen, Waldflächen usw.) ermöglicht die Erhöhung von Kreditlimiten und dürfte finanzschwache Gemeinden eher zu weiterer Verschuldung als zum Sparen animieren.

Peter Aebersold, Zürich

OFFENER BRIEF ZUR ANLAGEPOLITIK DER BVK DES KANTONS ZÜRICH

«Eine fortschrittliche Pensionskasse»?

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor mir liegt Ihr chronisch unerfreulicher Geschäftsbericht 2012. Seit bald Menschengedenken bleiben Sie Ihren Rentnern den Teuerungsausgleich schuldig. Auch nach dem guten Börsenjahr 2012 und bei einem vergleichsweise hohen Aktienanteil von einem Drittel aller Geldanlagen liegt der Deckungsgrad Ihrer Kasse immer noch bei tiefen 91 Prozent – gleich viel wie vor zehn Jahren oder nur gerade 3,5 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Wie kommen Sie da zu Ihrem selbstbelobigenden Titel «Eine fortschrittliche Pensionskasse» im Jahresbericht an die Versicherten?

Gestatten Sie mir als Betriebswirtschaftler mit dreissigjähriger Erfahrung als CEO einer Versicherung zur Deckung von Katastrophenrisiken ein kritisches Wort zu Ihrer Geldanlagepolitik. Mein Pflichtenheft umfasste im übrigen auch die Verwaltung der firmaeigenen privaten Pensionskasse, von deren Deckungsgrad Ihre Versicherten nur träumen könnten.

Weshalb so viele Fremdwährungen?

Mit einem Anlagevolumen von fast einem Drittel Ihres Vermögens im Ausland gehen Sie ein hohes Fremdwährungsrisiko ein. Und dies als rein schweizerische Kasse, die ihre Renten in starken Franken auszubezahlen hat, nicht im schwachen Dollar und dem von unserer Nationalbank gestützten Euro.

Allein bei Ihrem an der obersten Grenze liegenden hohen Aktienanteil von insgesamt einem Drittel ist die Hälfte in ausländischen Papieren angelegt.

Was für eine Fremdwährungsexposition! Demgegenüber halten Sie nur gerade 13 Prozent in schweizerischen Aktien. Als ob es nicht eine ganze Reihe von einheimischen Blue Chips gäbe mit Renditen bis in den hohen einstelligen Bereich.

Liegenschaften – wo sind sie geblieben?

Ein Sachwertanteil von gut 50 Prozent des Gesamtvermögens scheint angemessen, aber doch nicht über 30 Prozent in Aktien und lediglich 20 Prozent in Liegenschaften. Die langanhaltende, schmerzliche Baisseperiode an den Börsen, die hoffentlich – aber wer kann das schon voraussagen – hinter uns liegt, sollte uns doch eines Besseren belehrt haben. Renten sind nominelle Verpflichtungen und teilweise sogar nominell steigende, wenn es sich um Teuerungszulagen handelt. Die darf man doch nicht so massiv den Kursschwankungen an der Börse aussetzen.

Liegenschaften dagegen sind das ideale Sachwertanlage-Vehikel für Pensionskassen: weitestgehende Sicherheit auch gegen Inflation und eine immer noch vorzeigbare Rendite. Dazu benötigt man keine Hypothekenaufnahme, muss sich also für die Finanzierung nicht einmal verschulden, weil man das nötige Geld aus

den Prämien hat. Zum Vergleich: «Meine» Kasse hält seit Jahrzehnten nahezu 30 Prozent ihres Vermögens in Liegenschaften und 15 Prozent in Aktien – stille Reserven nicht eingerechnet.

Eine letzte Frage drängt sich hier noch auf: Was soll bei den Immobilien die halbe Milliarde Franken, die im Ausland liegen? Risikoverteilung ist zwar durchaus ein guter Grundsatz in Sachen Versicherung. Aber muss die Verteilung unbedingt auf potentiell schlechtere Risiken im kriselnden Euroland und in Fremdwährung erweitert werden?

Das Märchen von der Konkurrenzfähigkeit der BVK

Die Behauptung, die BVK sei eine fortschrittliche Pensionskasse, wird auch aus der Tatsache abgeleitet, dass von den vielen Hunderten von Arbeitgebern ausserhalb der kantonalen Verwaltung, jedoch bei der BVK versichert, nur wenige aus der BVK ausgetreten seien. Das ist nur die halbe Wahrheit. Angeschlossene Personalstiftungen, die austreten wollten – und das waren viele, wie der Jahresbericht der BVK selber zugibt – hätten sich bei einem Austritt an deren Unterdeckung beteiligen müssen und wären auch um den Zinsverlust auf dem jahrelang einbezahlten Beiträgen geprellt gewesen.

Si tacuisses ...

Hans Scharpf, lic. oec. HCG

Vorankündigung

Kantonale Delegiertenversammlung 30. April 2013, 20.00 Uhr, in Winkel



Fadegrad

Wirtschaftsförderung



VON ROLAND SCHECK

Der Zürcher Stadtrat stellt in seinen Strategien 2025 die zentrale Frage: «Wovon leben wir heute und morgen?». In Anbetracht des aktuellen Ausgaben- und Finanzplans ist diese Frage mehr als berechtigt, denn der finanzielle Ausblick der Stadt Zürich sieht zappenduster aus. Die Ausgaben steigen kontinuierlich, während die wirtschaftsfeindliche Politik von Stadtrat und Parlament die guten Steuerzahler zunehmend aus der Stadt vertreibt.

Wirtschaftsförderung wäre ein Lösungsansatz. Allerdings hat Wirtschaftsförderung beim rot-grünen Stadtrat keinen grossen Stellenwert, denn sozialistisches Gedankengut vermag bekanntlich zwischen der Wirtschaft und dem Geld, das man so gerne umverteilt und ausgibt, keinen Konnex herzustellen.

In der Stadtverwaltung besteht das Team der Wirtschaftsförderung aus lediglich fünf Mitarbeitern. Es ist im Präsidialdepartement der SP-Stadträtin Corine Mauch angesiedelt, womit von einer innovativen, proaktiven und hocheffizienten Wirtschaftsförderung eher nicht die Rede sein kann. Unterstellt ist das Team der Dienstabteilung Stadtentwicklung, welche von der Direktorin und ihres Zeichens Geographin Anna Schindler geleitet wird. Ihre primäre berufliche Kompetenz sind Stadtentwicklung und Kulturvermittlung. Auch das Gros der Mitarbeitenden der Stadtentwicklung befasst sich mit sozialpolitischen und städtebaulichen Fragestellungen. Der Schwerpunkt der Dienstabteilung liegt damit auf Umverteilung und nicht etwa auf Produktion und Kapitalvermehrung. Bezeichnend ist auch, dass andere Teams derselben Dienstabteilung über deutlich grössere Bestände verfügen. So umfasst das Team Stadt- und Quartierentwicklung zehn Personen, während das Team Integrationsförderung gar zwölf Mitarbeitende beträgt. Je mehr persönliche Leidenschaft die Stadträtin für ein Thema entwickelt, desto mehr Personal gibt es. Am wenigsten für die Wirtschaft, am meisten für die Integration.

Die Stadt Zürich braucht eine marktfreundliche Wirtschaftsförderung, welche fähig ist, auf unternehmerische und volkswirtschaftliche Fragestellungen substantielle und aussergewöhnliche Antworten vorzulegen. Die SVP fordert deshalb schon lange, die Wirtschaftsförderung im Finanzdepartement anzugliedern. Sie gehört in ein Umfeld von Fachleuten und Fachspezialisten, die etwas von Finanzen und Wirtschaft verstehen. Im schöngestigen Präsidialdepartement der linken Stadträtin bleibt Wirtschaftsförderung eine Alibi-Übung, denn es gibt keine Synergien mit der fast schon religiös zelebrierten Kulturvermittlung und Integrationsromantik à la SP. Hier braucht es dringend ein Umdenken, ansonsten sind in der Stadt Zürich nebst Regierung und Parlament demnächst auch die Zahlen tiefrot.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Im Tiefflug «unten durch» – auf der «Velo-Achse des Bösen» ins Zwangs-Stadion

Wenn im Gemeinderat der Tiefflug unter dem Radar hindurch angesetzt ist, pardon, wenn Ruth Genner mit ihrem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement auf dem Ratstisch liegt, dann ist Leiden angesagt. Man müsste schon Masochist sein, dazu viel zu schreiben oder gar zu lesen. Kein Wunder, wenn auch da die Gedanken in anderen Gefilden weilen – beispielsweise bei der Fussball-Stadion-Debatte.



BERNHARD IM OBERDORF GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Nach dem Ausverkauf von Landparzellen der Stadt Zürich in Opfikon – das Land wird unter dem Markt-Preis verkauft! – herrschte Trostlosigkeit: Unter dem Motto «alle Macht dem Velo» wurde zunächst dafür gesorgt, dass der Vorstoss für ein kostenpflichtiges Parkiersystems für Velos dank einer Textänderung in ein Gratis-Parkier-System umfunktioniert wurde. Nach diesem Erfolg setzten die Linken zum eigentlichen Sturm auf an: Mit einem Vorstoss zur Einrichtung einer Velobahn – die Josefstrasse soll zu einer Haupt-Velo-Achse ausgebaut werden – wurde dem Auto der Krieg angesagt; wenn man diesen Vorstoss liest, müsste man ihn eigentlich als Erst-April-Scherz sehen, denn sollten solche Velo-Achsen als Ideologie noch Schule machen, dann würde der Autoverkehr nicht mehr nur behindert, sondern gleich ganz stranguliert. Doch der grüne Vorstoss war kein Jux, sondern tierischer Ernst (pardon, die Tierli können nichts dafür).

Alle Macht dem Velo

In der Realität ist es schon fast so weit. Wenn am See beim Frascati 45 Parkplätze ersatzlos gestrichen werden, damit man dort eine Velobahn durchziehen kann, dann nimmt dies die Ideologie des überwiesenen Vorstosses vorweg: Auch hier soll also eine «Velo-Achse des Bösen» eingerichtet werden. Für die Autos wird auf die Möglichkeit des Parkhauses «Opéra» verwiesen. Bloss hat man dieses Parkhaus unanständig teuer konzipiert – selbst ein kurzer Opernbesuch kostet dann über zwanzig Franken! –, das ist ganz im Sinne eines «Road Pricing» am ruhenden Verkehr; so wie wir es im Rat immer wieder kritisierten.

Angesichts solcher Torturen wider den gesunden Menschenverstand schweifen die Gedanken zurück zur letzten Ratssitzung, an der fast der ganze Abend mit dem neuen Fussballstadion am Hardturm verbracht wurde. Auch da kommt Ärger auf:

Teurer Fussball-Tempel der Linken

Da muss man sich auf der einen Seite für den Fussball einsetzen, weil hinter dem Clubleben auch die sportliche Förderung der Jugend steht, auf der anderen Seite muss man aber die von den Rot-Grünen diktierten linken Bedingungen akzeptieren. Im vorliegenden Fall führt das zu einem Stadion, das erschreckend teuer wird und – zusammen mit der subventionierten Wohnsiedlung als Dreingabe für die Linke –, eine Drittel-Milliarde kosten wird. Und jährlich wiederkehrend kommt dazu

ein Defizitbeitrag der Stadt in der Höhe von rund acht Millionen.

Im Kontrast zu den Kosten steht die Grösse des Stadions: Mit den rund 16 000 Plätzen – es kann für bestimmte Spiele mit Stehplätzen auf bis zu 19 500 Zuschauer aufgerüstet werden – ist es ein kleines Stadion, das für grössere Events zu einem einengenden Korsett wird. Damit nimmt dieses Stadion in der Tat einen Spitzenplatz ein: die Kosten pro Sitzplatz sind rekordverdächtig.

... ein Diktat von Rot-Grün

Dass alles nun so teuer wird, ist Einsprachen aus rot-grünen Kreisen zu verdanken: Diese haben das Projekt des privat finanzierten, grösseren Pentagon-Stadions mit Mantelnutzung in einer Art von Guerillakrieg dem Erdboden gleichgemacht. So kam es zu dieser Nötigung des Parlamentes mit dem neuen Projekt, das der Gemeinderat vor einer Woche zur Volksabstimmung freigegeben und so dem Stimmbürger überwiesen hat – ein Projekt, das in der Tat alle Wünsche der Linken erfüllt.

Daher erstaunt es nicht, dass eigentlich – ausgenommen beispielsweise die Präsidenten der beiden Zürich-Clubs – kaum jemand so richtig glücklich wird mit dieser Zwangsgeburt. Die satte Mehrheit, dies sich im Rat ergab, könnte täuschen, war das Projekt in verschiedenen Fraktionen – wie man im Nachhinein in Erfahrung bringen konnte – umstrittener, als dies das Ergebnis im Rat dank der Fraktionsdisziplin zum Ausdruck brachte.

Das ist so wie bei den Präsidentenwahlen in den USA. Dort genügt schon eine minimale Mehrheit in einem Staat, damit alle Elektoren-Stimmen dem Winner zugeschlagen werden. Und so kam es schon zum Kuriosum, dass ein Präsident mit der Mehrheit der Elektoren gewählt wurde, ohne aber bei den Wählern selbst eine Mehrheit hinter sich vereinigt zu haben. Angesichts solcher optischer Täuschungen ist es offen, wie im September die Volksabstimmung enden wird.

Fussball: Begeisterung und Solidarität – nur nicht in Zürich

Richtige Fussball-Begeisterung erlebt man ohnehin woanders: Nachdem es Basel gelang, in die Halbfinals der Europa-Liga vorzudringen – also unter die letzten Vier aus einem Bewerberfeld von rund 50 Teams! –, war nach dem Spiel zur Geisterstunde die Autobahn über den Jura und durch den Belchen in Richtung Südwesten prallvoll mit einer teilweise stockenden Kolonne – ein eindrückliches Lichtermeer mit Wagen aus der Westschweiz: aus Bern, der Waadt, aus Freiburg und dem Wallis bis hin nach Genf wollten sie alle im St. Jakob-Park das Spiel besuchen: Könnte man sich so eine Begeisterung in Zürich vorstellen bei so kleinen Stadien?

Die grossen Zeiten der Zürcher Vereine liegen ein Drittel-Jahrhundert zurück: Damals schaffte es GC im alten Hardturm gegen Real Madrid in die Halbfinals, nachdem zuvor der FCZ gegen dieses Real Madrid erst

in den Halbfinals des damaligen Meistercups im Letzigrund ausgeschieden war. Solchen Legenden könnte das nun zur Debatte stehende Zwängi-Stadion nicht den nötigen Rahmen bieten.

SVP STADT ZÜRICH: PARTEIPROGRAMM 2014 BIS 2018

Ihre Ideen sind gefragt!

Morgen Samstag, den 20. April 2013, findet die Arbeitstagung zum Parteiprogramm der städtischen SVP statt. Alle Parteimitglieder sind herzlich zur Tagung eingeladen.



GEMEINDERAT ROGER LIEBI PRÄSIDENT SVP STADT ZÜRICH

Das SVP-Parteiprogramm mit dem Titel «Bürgerliche Politik» informiert die Wählerschaft über die Ziele und Absichten der SVP. Zudem bildet es die Basis für die Arbeit im Gemeinderat und in den verschiedenen Gremien. Im Wahlkampf wird das Programm eingesetzt, um die Positionen der SVP und ihre Lösungsvorschläge zu präsentieren. Die SVP will als stärkste bürgerliche Partei mit klaren Positionen und stichfesten Argumenten in den Wahlkampf steigen.

Die Tagung findet morgen im Restaurant «Muggenbühl» in Wollishofen statt (siehe Inserat mit Anmelde-

Informationen). Ich möchte Sie herzlich einladen, an der Tagung teilzunehmen. Ihr Beitrag ist uns wichtig. Als Volkspartei wollen wir die Erfahrung der Basis aufnehmen und in die Politik tragen. Die Veranstaltung beginnt um 8.00 Uhr mit Kaffee und Gipfeli, ab 8.30 Uhr beginnt die Tagung mit Kurzreferaten zu den verschiedenen Themen. Dann finden bis 12.00 Uhr die vier Gruppenarbeiten statt. Danach folgt die Präsentation und Schlussdiskussion. Anschliessend können wir um 13.00 Uhr beim gemeinsamen Mittagessen die Tagung ausklingen lassen.

Vier Themen werden in Arbeitsgruppen diskutiert: Wirtschaft und Finanzen, Verkehr, Soziales und Energie. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie an der Tagung teilnehmen und an unserem neuen Parteiprogramm aktiv mitarbeiten.

SVP der Stadt Zürich

Einladung zur

Tagung

Parteiprogramm 2014–2018

Samstag, 20. April 2013, 8.00 bis 13.00 Uhr

Restaurant Muggenbühl

Muggenbühlstr. 14, 8038 Zürich

SOFORT ANMELDEN

Ablauf der Tagung:

08.00	Kaffee und Gipfeli
08.30	Beginn, Begrüssung, Organisation
09.00	Referate zu den vier Themen <i>Wirtschaft, Finanzen / Verkehr / Soziales / Energie</i>
09.30	Kaffeepause
10.00–12.00	Gruppenarbeiten
12.00	Präsentation und Schlussdiskussion
13.00	Mittagessen (auf eigene Rechnung)

Arbeitsgruppen / Leiter:

- Wirtschaft / Finanzen Gemeinderat Roger Liebi
- Verkehr Gemeinderat Roland Scheck
- Soziales Bene Hoffmann, Mitglied Sozialbehörde
- Energie Gemeinderat Martin Bürlimann

Anmeldung

(Unbedingt Arbeitsgruppenwünsche angeben)

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Arbeitsgruppe 1. Wahl.....

2. Wahl.....

Mittagessen Ja / Nein (bitte ankreuzen)

Bitte sofort einsenden an:
 Sekretariat SVP der Stadt Zürich, Postfach 6612, 8050 Zürich,
 Telefon 044 310 81 19, Fax 044 310 36 62
 E-Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch

LESERBRIEF

Bankgeheimnis: Abschied in Raten

Das Bankgeheimnis sei beim Grossteil der Schweizer Bevölkerung untastbar wie eine Klosterfrau, hiess es. Denn Politiker, Bankiers und Bürger wussten es in seiner heutigen Form mit einem staatlich verbrieften Recht auf Verschwiegenheit zu schätzen. Neueste Umfragen bestätigen, dass eine starke Mehrheit der Bevölkerung das Bankgeheimnis in seiner jetzigen Form behalten will. Warum? In Berlin, Paris, Brüssel und auch in Washington empörten sich die Politiker vor allem über die schweizerische Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steu-

erhinterziehung. Deutschland, Frankreich, die ganze EU und die USA haben Angriffe auf das Bankgeheimnis massiv verschärft. Die Europäer streben offenbar an, die Schweiz auf die schwarze OECD-Liste der unkooperativen Staaten zu setzen. Durch diesen immensen Druck der Grossmächte ist unser Bundesrat (mit Ausnahme von Ueli Maurer) bereit, das Bankgeheimnis zu lockern. Umso verständlicher ist das Begehren der SVP, das Bankgeheimnis in der Verfassung zu verankern.

Walter Egli, Zürich

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon
HörCenter

**Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66**

Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

Erfolgreich
werben
im «Zürcher Boten»
und
«Zürcher Bauern»

**Jetzt die Mediadaten
2013 bestellen!
print-ad kretz gmbh**

Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

WUCHEMÄRT
WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

3 Melkzeuge De Laval, Selbstabnahme, W. Moser, Oberstammheim, Telefon 052 745 21 68.

Gras ab Mahd, ca. 5 ha für Silo, **Haylage** oder **Heu** ab Ernte 2013. **Gummimatten**, 80 cm breit, 1,6 cm dick, jede Länge. **Waschautomat Unimatik E**, 6 kg, wenig geb., Jg. 1999, Fr. 400.–. Tel. 052 343 48 39.

Autoanhänger Heinemann, Brücke 210 x 110 cm, Nutzlast 650 kg, sehr guter Zustand, ab MFK 2013, Fr. 800.–. Telefon 079 216 62 48.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** usw. Gute Barzahlung, gratis Abhol-dienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Dörrapparat «Goethe» mit sechs Gittern oder ähnliches Produkt. Telefon 044 937 14 03.

GESUCHT

Mährescher-Fahrer, Region Winterthur-Seen. Tel. 079 629 81 50.

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!



Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Einladung zur

Parteierversammlung

SVP Stadt Winterthur

**Mittwoch, 24. April 2012, 20.00 Uhr
Restaurant Rössli, Rössligasse, 8405 Seen**

Traktanden:

1. Begrüssung / Wahl der Stimmentzähler
2. Abstimmungsvorlagen Winterthur
– Sanierung und Verselbständigung der städtischen Pensionskasse GR Daniel Oswald
– Taxiverordnung GR Urs Obrist
3. Kantonale Abstimmungsvorlagen
– Hooligan-Konkordat KR René Isler
– Bonzensteuer KR Yves Senn
4. Grundsatzbeschluss Teilnahme Stadtratswahlen 2014 GR Daniel Oswald
5. Eidgenössische Abstimmungen
– Volkswahl des Bundesrates NR Natalie Rickli
– Verschärfung Asylgesetz NR Natalie Rickli
6. Protokoll der Parteierversammlung vom 25. Oktober 2012 P. Rüttsche
7. Verschiedenes / Umfrage

Der Präsident: Daniel Oswald

Im Falle einer Verhinderung nehme ich gerne eure Entschuldigung wie folgt entgegen:
daniel.oswald@svp-winterthur.ch
Telefon 052 243 11 69



IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie **einfach und unkompliziert** und **erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser**. Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss

jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos**.

Komme bei Ihnen vorbei.
Tel. 044 822 26 11

Die Junge SVP Kanton Zürich lädt ein zu:



Ordentliche Generalversammlung 2013

Das vorangehende Referat steht allen Gästen offen:

**Referat von
Korpskommandant Aldo C. Schellenberg –
neuer Chef der Schweizer Luftwaffe**

Freitag, 19. April 2013, 19.30 Uhr
(Türöffnung ab 19.15 Uhr)
Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, 8003 Zurich

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!
Für Rückfragen: Anita Borer, Präsidentin, borer@jsvp-zh.ch

SVP Winkel-Rüti



Puure-Zmorge

Datum: Auffahrtstag, 9. Mai 2013

Zeit: 10.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr

Ort: Rösli und Walter Schellenberg
Lufingerstrasse 47
8185 Winkel

Programm: Puure-Zmorge Buffet
Musik durch Rüdlinger-Örgeli-Fründe

Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
SVP Sektion Winkel-Rüti



**Vorankündigung
Alt-Räte-Treffen 2013**

**Das traditionelle Treffen findet dieses Jahr
am Dienstag, 14. Mai 2013 im Bezirk Bülach statt.**

**Die ehemaligen Rätinnen und Räte erhalten
rechtzeitig eine persönliche Einladung
samt Anmeldeatlon zugeschickt.**

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Akeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 22. April 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

STANDAKTIONEN ZUR VOLKSINITIATIVE «VOLKSWAHL DES BUNDESRATES»

Bezirk Uster / Uster

Samstag, 18. Mai 2013, 10.00–12.00 Uhr, Poststrasse (Gartenrestaurant Ristorante Post «da Fabio», Poststrasse 4, Uster), Standaktion «Volkswahl des Bundesrates» und «Änderung des Asylgesetzes». Anwesend ist Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident SVP Kanton Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis

Montag, 27. Mai 2013, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Sasso San Gotthardo Museum. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen unter svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Affoltern / Wettswil

Mittwoch, 2. Oktober 2013, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen Wettswil a.A., Podiumsveranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Hans Kaufmann. Zum Abschluss der Veranstaltung werden Getränke und Salzgebäck offeriert. Die Teilnahme an der Veranstaltung (inklusive «Getränke-Runde») ist gratis! Beim Schulhaus Mettlen stehen viele Parkplätze zur Verfügung! Wir freuen uns auf viele Teilnehmer!

Bezirk Bülach / Winkel-Rüti

Donnerstag, 9. Mai 2013, 10.00–13.00 Uhr, bei Rösli und Walter Schellenberg, Lufingerstrasse 47, Winkel, Puure-Zmorge-Buffer. Musik durch Rüdlinger-Örgeli-Fründe. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Bezirk Dietikon / Dietikon

Mittwoch, 1. Mai 2013, ab 15.00 Uhr, bei Kurt und Elsbeth Bräm, Im Basi, Dietikon (vom Zentrum Dietikon Richtung Bergdietikon fahren), Grill-Plausch. Kommen Sie mit Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten!

Bezirk Meilen / Oetwil am See

Mittwoch, 22. Mai 2013, 20.00 Uhr, bei Petra und Hans Nef, «Nef natur-Buur», Neuhaus 5, Oetwil am See, «Bürger Fragen – Kantonsräte antworten»: Theres Weber-Gachnang, Hans-Peter Amrein, Claudio Zanetti und Rolf R. Zimmermann stehen Red und Antwort. Im Anschluss an den Anlass wird ein Umtrunk offeriert.

Bezirk Meilen / Stäfa

Samstag, 11. Mai 2013, 9.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Stäfa, Standaktion. Nationalrat Christoph Mörgeli, Nationalrat Gregor Rutz, Kantonsrä-

tin und Präsidentin der SVP des Bezirks Meilen Theres Weber und Kantonsrat Hans Peter Amrein verteilen den Müttern eine bunte Muttertags-Rose.

Donnerstag, 16. Mai 2013, 18.00 Uhr, bei Jakob Grimm, Holzhausen, Oetwil am See, Generalversammlung. Programm: 18.00 Uhr: Führung von Köbi Grimm durch sein einmaliges Weinbaumuseum; 19.00 Uhr: Apéro und 20.30 Uhr: Generalversammlung.

Sonntag, 15. September 2013, 14.00 Uhr, in der «Halle für alle», Froberg, Stäfa, kultureller Anlass mit Christoph Blocher und dem Solisten-Ensemble von La Compagnia Rossini: Würdigung dreier Persönlichkeiten vom Zürichsee (Johann Kaspar Pfeningner, Patriot, Conrad Ferdinand Meyer, Schriftsteller, und Karl Landolt, Kunstmaler). Programm: 14.00 Uhr: Türöffnung; 15.00 Uhr: Beginn des Programms. Eröffnungskonzert von La Compagnia Rossini. Begrüssung durch Kurt Zollinger. Vortrag von Christoph Blocher. Schlusskonzert von La Compagnia Rossini. 17.15 Uhr: Der Veranstalter offeriert «Ghackets mit Hörnli» und Apfelmus. Jedermann ist herzlich eingeladen! Parkplätze sind genügend vorhanden, ab 13.45 Uhr wird ab dem Bahnhof Stäfa ein Busbetrieb angeboten.

Bezirk Pfäffikon / Wila

Montag, 22. April 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Heuboden, Wila, 65. ordentliche Generalversammlung. Im Anschluss (ca. 21.00 Uhr) öffentliches Referat von Kantonsrätin Anita Borer: Kantonale Volksinitiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende.»

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 19. April 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich, ordentliche Generalversammlung. Als besonderen Gast und Referenten begrüssen wir Korpskommandant Aldo C. Schellenberg, den neuen Chef der Schweizer Luftwaffe. Er wird zu Beginn der Veranstaltung um 19.30 Uhr referieren. Es ist eine gute Gelegenheit, mit ihm in Kontakt zu treten und Fragen an ihn zu richten. Die Generalversammlung wird ab 20.00 Uhr ungefähr eine Stunde dauern. Im Anschluss an die Generalversammlung offeriert die JSVP ZH einen Apéro.

Stadt Winterthur / Oberi

Mittwoch, 1. Mai 2013, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, 1.-Mai-Grillplausch (www.waldschulzimmerlindberg.ch). Ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert. Gast: Nationalrat Walter Wobmann, SO. Programm: 11.00 Uhr: Apéro; 11.30 Uhr: Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache Walter Wobmann; 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–, Kinder (schulpflichtig) Fr. 5.–. Die Getränke müssen separat bezahlt werden! Anmeldung: bis spätestens Freitag, 26. April 2013 an Urs Obrist, 052 202 84 44, Natel 079 414 31 22

oder E-Mail urs.obrist@hispeed.ch. Bitte angeben: Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2

Dienstag, 7. Mai 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Pavillon, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 11

Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swisshotel und Brunnen), Standaktion mit den SVP-Frauen Stadt Zürich.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Freitag, 31. Mai 2013 bis Sonntag, 2. Juni 2013, Dorffest Veltheim (Bachtelstrasse / Feldstrasse, Winterthur). Feines Essen – gemütliches Beisammensein – politische Gespräche. Programm:

- Freitag 31. Mai 2013: 18.00 bis 02.00 Uhr
- Samstag 1. Juni 2013: 14.00 bis 02.00 Uhr
- Sonntag 2. Juni 2013: 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie die hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch die speziellen Schüblige verführen. Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region. In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich

Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swisshotel und Brunnen), Standaktion mit dem Kreis 11.

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 11. Mai 2013, 10.00–15.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnet-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftseminar 2/13. Parteipräsident Toni Brunner begrüsst als Referenten Prof. Dr. Rudolf Steiger, emeritierter Titularprofessor für Menschenführung und Kommunikation an der ETH Zürich (www.rudolfsteiger.ethz.ch) zum Thema: «Warum reden wir so oft aneinander vorbei?» Die Zielsetzung: Bürgerorientiert, zielführend und überzeugend kommunizieren! Zielgruppe: Junge Mitglieder und Sympathisanten der SVP zwischen 16 und 36 Jahren sowie die Mitglieder der JSVP. Anreise: Auto: Von Wattwil in Richtung Wildhaus fahren, die Umfahrungsstrasse Ebnet-Kappel benutzen und vor Krummenau links Richtung Wintersberg/Bendel/Hemberg abbiegen. Dann gehts rund 2 km den Berg hinauf. Bahn: Auf Voranmeldung Abholdienst ab Bahnhof Krummenau (Ankunftszeit: 9.45 Uhr). Die Teilnehmerzahl pro Anlass ist beschränkt. Das Seminar ist für die Teilnehmer gratis. Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Fragen und Anmeldung per E-Mail bei: Marcia Cerantola, cerantola@svp.ch oder beim Generalsekre-

tariat: Telefon 031 300 58 58. Folgendes angeben: Name, Vorname, Adresse, E-mail, Handynummer und ob Auto oder Zug.

Montag, 13. Mai 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Mühle, Oberembrach, Referat «Aktuelles aus Bundesbern» und Diskussion von Nationalrat Hans Fehr im Anschluss an die Generalversammlung der SVP Oberembrach.

Mittwoch, 15. Mai 2013, 20.00 Uhr, Menzingen/ZG, Streitgespräch zum Thema «Volkswahl des Bundesrates?» mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, und Gerhard Pfister, CVP, mit Parolenfassung im Rahmen der Delegiertenversammlung der CVP des Kantons Zug.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Ausstellung des Malers Konrad Flückiger (SVP), Oberembrach

Hotel Riverside, Spinnerei-Lettenstrasse, Zweidlen-Glattfelden. Dauer der Ausstellung: 1. März bis 17. Mai 2013 (www.konrad-flueckiger.ch).

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten

Sonntag, 26. Mai 2013, 1. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 23. Juni 2013, 2. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. Juli 2013, 3. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 25. August 2013, 4. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 15. September 2013, 5. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung

Freitag, 19. April 2013, 19.45 Uhr (Apéro 19.15 Uhr), Trichtenhausermühle, Trichtenhauserstrasse 60, Zollikerberg.

Höcks

Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr, 1. Höck. Restaurant Kreuz, Bergstrasse 161, Horgenberg.

LI-Konferenz und Vernissage: «Nachteil Erbschaftssteuer»

23. April 2013, Savoy Baur en Ville, Paradeplatz, Zürich, ab 18 Uhr

Der finanzielle Druck des überbordenden Wohlfahrtsstaats führt zu einer verzweifelten Suche nach neuen Staatseinnahmen. Auch in der Schweiz, wie aktuelle Vorhaben für die Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer zeigt. Der Todesfall scheint dabei ein bequemer Erhebungsanlass zu sein. Erben gelten als Glückspilze, die ihren Vermögensgewinn nicht wirklich verdient haben. Und die Anhäufung von Kapital über Generationen hinweg wird oft mit Skepsis betrachtet. Zu Recht? Diese Konferenz ist zugleich die Buchvernissage des neuen Bands der Edition Liberales Institut.

Referenten:

Reiner Eichenberger, Prof. Dr. oec. publ., Universität Fribourg «Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen? Nur das nicht!»

Christoph A. Schaltegger, Prof. Dr. rer. pol., Universität Luzern «Warum die kantonale Steuerkompetenz überzeugt»

Peter Ruch, Pfarrer «Erbbesitz aus biblisch-theologischer Sicht»

Einführung:

Pierre Bessard, Liberales Institut

Nachwort:

Robert Nef, Liberales Institut

Anschliessend Aperitif

Anmeldung erforderlich – www.libinst.ch – Veranstaltungen

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:

Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:

print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Donnerstag, 13. Juni 2013, 19.30 Uhr, 2. Höck, Restaurant Riverside, Glattfelden/Zweidlen.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.30 Uhr, 3. Höck, Gibswiler-Stube, Tössstrasse 466, Gibswil.

Dienstag, 30. Juli 2013, 19.30 Uhr, 4. Höck, Besenbeiz Eichhof, Eichhof 361, Bachs (Treffen mit der SVP Neerach).

Dienstag, 13. August 2013, 19.30 Uhr, 5. Höck, Restaurant Eintracht, Bahnhofstrasse 36, Elgg.

Sommerreise

Freitag, 9. August 2013 bis Montag, 12. August 2013, Sommerreise in die Dolomiten.